

Schwarzgrüne Kultur

Die Tiroler_innen haben gewählt und seit wenigen Tagen gibt es jetzt auch eine neue Regierung. Erstmals eine Koalition von Tiroler Volkspartei und den Grünen Tirol. Diese neue Regierung hat sich auf ein Arbeitsübereinkommen für die nächsten fünf Jahre geeinigt, das sich, teilweise zumindest, lohnt, näher betrachtet zu werden. Die Zusammenarbeit der beiden Parteien ist laut Politikwissenschaftler_innen und auch laut den beiden Gruppierungen selbst ein Zweckbündnis. Die Grünen wollten endlich auch in Tirol in die Regierung und die Volkspartei braucht ein Zeichen der Erneuerung – wenn schon nicht in der eigenen personellen Besetzung in der Regierung, so wenigstens mit dem Koalitionspartner. „Schwarz – Grün wird in vielen Bereichen einen neuen, frischen Wind“ in die Tiroler Politik bringen, versprechen die beiden Parteien in der Präambel zum Arbeitsübereinkommen, das den Titel „verlässlich handeln – neu denken“ trägt. Das Arbeitsübereinkommen strotzt von Absichtserklärungen, viel soll „geprüft“ und „evaluiert“ werden und die Formulierung „nach Maßgabe der budgetären Möglichkeiten“ liest sich in vielem eher wie eine Drohung, als dass man glauben möchte es besteht die wirkliche Chance zur Umsetzung der Vorhaben. Dennoch lohnt es sich wie gesagt, das Programm näher zu betrachten, denn es überrascht immer wieder in den Formulierungen und auch in den Themen, die es anspricht.

Wenn man sich – wie FREIRAD 105.9 das macht – mit Meinungs- und Medienvielfalt auseinandersetzt und versucht diese zu fördern und zu unterstützen, ist gleich mal auffällig, dass das Arbeitsübereinkommen ein Kapitel über Demokratie hat. Das ist neu, das hat es noch nie in einem Tiroler Koalitionspapier gegeben. Natürlich passt es auch in die Mode einer Zeit, in der die Regierungen immer mehr ihrer Verantwortung unter der Überschrift „Bürger_innenbeteiligung“ an ihre Wähler_innen abschieben will. So soll ein Petitionsausschuss eingerichtet werden, der nicht nur einlangende Petitionen zwingend behandeln, sondern diese auch mit den Einreicher_innen diskutieren muss. Uns freut natürlich der Absatz über Medien am meisten, denn die neue Landesregierung tritt nicht nur für einen starken und unabhängigen öffentlich rechtlichen Rundfunk ein, sondern nennt dezidiert den Beitrag nichtkommerzieller Medien zur Medienvielfalt. Wenn man bedenkt, dass es noch vor wenigen Jahren von Landesebene einen eher rauen Wind gegenüber FREIRAD 105.9 gegeben hat und die Meinung eher in Richtung „da wollen ein paar Spinner_innen Geld, um schlecht über uns zu reden“ ging, ein erstaunlicher Sinneswandel. Zwar ist die Akzeptanz und auch das Verständnis für den Offenen Zugang zu Medien für alle Menschen in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen - so sind nichtkommerzielle Medien ja auch schon seit einigen Jahren im Tiroler Kulturfördergesetz erwähnt – aber ein klares Bekenntnis dazu im Regierungsprogramm ist ein wichtiger Schritt. Das Land ist hier endlich den Empfehlungen der EU Kommission und auch des Bundes gefolgt. Welche direkten Auswirkungen das haben wird ist klar noch völlig offen.

Auch an das Kapitel „Kunst und Kultur“ kann man Erwartungen knüpfen. Auffällig ist, dass in der Präambel dazu nicht mehr von „Tradition und Moderne“ wie noch vor fünf Jahren, sondern von „traditionellem und zeitgenössischen“ die Rede ist.

Überhaupt kommt der Begriff der zeitgenössischen Kunst und Kultur in größerem Ausmaß vor, als die letzten fünf Jahre Kulturpolitik erwarten ließen. Obwohl auch hier viele schwammige Formulierungen viele Vorhaben lediglich andeuten, gibt es einiges sehr Konkretes und von der freien Szene seit Jahren Gefordertes. Wohl mit am wichtigsten, dass Kunst und Kultur als Arbeit definiert werden und darum in Zukunft sogenannte „Eigenhonorare“ im angemessenen Ausmaß, wie es heißt, gefördert werden können. Eine 180 Grad Wende in der Kulturpolitik, wurde doch bislang davon ausgegangen, dass Künstler_innen und Kulturschaffende ihren eigenen Arbeitsaufwand an Projekten ehrenamtlich erfüllen sollen. Auch sollen die in der Theorie im Kulturfördergesetz angelegten mehrjährigen Förderverträge im Rahmen der geplanten Zweijahresbudgets nun auch tatsächlich kommen. Die Förderung der freien Szene sowie neuer Kulturströmungen - hier ist feministische Kunst und Kultur extra erwähnt – aber auch nichtkommerzieller Medien und migrantischer Kultur ist ebenso aufgelistet, wie die Absichtserklärung, die Förderung für diese wie auch für Kulturzentren zu erhöhen, wenn es das Budget zulässt. Geprüft werden soll ein partizipativer Kulturentwicklungsprozess. Auch das eine langjährige Forderung der Freien Szenen in Tirol und auch schon öfter Thema in dieser Programmzeitung. Im Bereich der Kinder- und Jugendkultur könnte sich aufgrund der Tatsache, dass Beate Palfrader als Kulturlandesrätin nun auch für de Bereich Jugend und Familie politisch verantwortlich ist einiges zum Besseren wenden. Die Streitigkeiten, wer nun für die Förderung von kulturellen Tätigkeiten von Kindern und Jugendlichen zuständig ist, liegen zumindest in der selben politischen Verantwortung. Schließlich soll Kunst und Kultur in allen das Land betreffenden Konzepten und Prozessen als Querschnittsmaterie verankert werden. Was das alles in der Realität von einzelnen Kulturschaffenden und Projekten bedeutet, ist aus dem Arbeitsprogramm wenig klar und muss erst von der Regierung mit konkreten Inhalten gefüllt werden. Richtig spannend wird es im Herbst, wenn die neue Regierung ihr erstes Budget zusammensammelt. Da wird dann wirklich klar, ob endlich neue Schwerpunkte nicht nur im Bereich der Kunst und Kultur, gesetzt werden, oder ob die vielen Absichtserklärungen im Arbeitsübereinkommen solche bleiben.

Markus Schennach